

Fairness in den Mittelpunkt der Klimaziele stellen



... im Kampf gegen den Klimawandel geht es im Wesentlichen um Menschenrechte und darum, Gerechtigkeit für diejenigen sicherzustellen, die unter den Auswirkungen des Klimawandels leiden - verwundbare Gemeinschaften - ...Für mich bedeutet Klimagerechtigkeit, die Menschen in den Mittelpunkt der Lösung zu stellen.



Mary Robinson, UN-Sonderbotschafterin für den Klimawandel

Die Dringlichkeit zu handeln ist groß. Wir alle brauchen einen gesunden Planeten, um zu gedeihen. Doch auch wenn wir alle von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen sind, leiden wir nicht alle in gleichem Maße darunter. Was Menschen tun können, um sich zu schützen und sich an die schwerwiegenden Folgen anzupassen, hängt in hohem Maße von den sozialen, wirtschaftlichen und politischen Bedingungen ab, unter denen sie leben. Die tiefe Ungleichheit, die aus einem überholten und unfairen Handelsmodell entstanden ist, das den Menschen und dem Planeten gleichermaßen schadet, wird jetzt, mit der aktuellen Pandemie, noch sichtbarer. **Der Klimawandel ist ein globales Problem und fordert uns alle auf, achtsam zu sein und uns gleichzeitig für mehr Fairness im Handel einzusetzen. Es gibt keine Klimagerechtigkeit ohne Handelsgerechtigkeit.** Die Fair-Handels-Bewegung ruft vereint dazu auf, die aktuellen Krisen gemeinsam anzugehen. Vor allem die Stimmen der Bäuer*innen und Arbeiter*innen drängen uns dazu, über die gegenwärtigen und zukünftigen Gefahren für die Ermöglichung nachhaltiger Lebensgrundlagen nachzudenken. Im Fairen Handel sind wir davon überzeugt, dass die Bäuer*innen und Arbeiter*innen ein wichtiger Teil der Lösung sind, um eine nachhaltige Zukunft zu erreichen und dass existenzsichernde Einkommen und Löhne ein entscheidender Schritt für mehr Fairness in der Weltwirtschaft sind. Ein faires Einkommen ist eine der notwendigen Voraussetzungen, um den Trend der Umweltzerstörung umzukehren und sich auf faire Weise von der Pandemie zu erholen.

Echte Fairness im Handel durchsetzen

Die COVID-Pandemie hat die einschneidenden strukturellen Ungleichheiten weltweit verdeutlicht. Sie machte klar, dass es immer dringender wird, unser Wirtschaftssystem auf eine sozial gerechte und umweltverträgliche Weise umzugestalten. Wir brauchen ein neues Verständnis, wie Geschäftsbeziehungen gelebt werden. Die Fortführung des „Business-as-usual“ mit dem alleinigen Ziel des Profits wird katastrophale Folgen für die heutige und künftige Generationen haben.

Die Zahl der Unternehmen, die sich der sozialen Verantwortung verschrieben haben, hat in den letzten Jahren zugenommen. Es gibt jedoch noch viel Raum für Verbesserungen, und der Gesetzgebung kommt dabei eine Schlüsselrolle zu. Freiwillige Selbstverpflichtungen reichen nicht aus, um nach-

haltige Produktion und Handel zu erreichen. **Wir begrüßen daher ausdrücklich Initiativen auf nationaler, internationaler und multilateraler Ebene, die sich weiterhin dafür einsetzen, dass Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden, wenn es um den Schutz von Menschen-, Arbeits- und Umweltrechten entlang ihrer Lieferketten geht.**

Die Fair-Handels-Bewegung macht seit langem auf die Notwendigkeit aufmerksam, Geschäftsmodelle zu verändern, die die Armut in benachteiligten Gemeinschaften auf der ganzen Welt festschreiben. Diese Art des Geschäftsgebarens ist in den landwirtschaftlichen Lieferketten fest verankert und kommt in der Bekleidungs- und Textilindustrie, dem Bergbau, der Schuh- und Sportartikelindustrie und vielen anderen Bereichen ebenfalls vor. In all diesen Branchen schufteten die Produzent*innen, Arbeiter*innen und Handwerker*innen am Anfang der Lieferketten unter harten und unsicheren Bedingungen und haben zugleich nur begrenzte Möglichkeiten, sich so am Marktgeschehen zu beteiligen, dass es ihnen einen nachhaltigen Lebensunterhalt ermöglicht.

Aufgrund der ungleichen Verhandlungsmacht zwischen den beteiligten Marktakteur*innen profitieren viele Unternehmen von der Arbeit dieser Produzent*innen und Arbeitnehmer*innen. Das wird noch problematischer, wenn es um den Klimawandel und die Erwartungshaltung geht, dass Produzent*innen und Arbeitnehmer*innen investieren müssten, um ihre Klimaresilienz zu erhöhen. Veränderungen der allgemeinen und saisonalen Witterungsbedingungen setzen die Kleinbäuer*innen noch mehr unter Druck, die ohnehin unter niedrigen und schwankenden Preisen für ihre Erzeugnisse leiden. Darüber hinaus werden sie zunehmend aufgefordert, auf nachhaltige Produktionsmuster umzustellen, ohne die dafür notwendigen Unterstützungen und Anreize zu bekommen. **Es bedarf politischer Entscheidungen, um Kleinbäuer*innen zugängliche Finanzinstrumente zur Verfügung zu stellen.**

Außerdem wirken sich die Schwere und Häufigkeit von Naturkatastrophen direkt auf die Erzeugerregionen aus, insbesondere in den Tropen. Überall auf der Welt sind Produzent*innen und Arbeitnehmer*innen von Wetterveränderungen betroffen, die zu einer Verschlechterung der Ernährungssicherheit, dem Verfall der Infrastruktur, dem Verlust von Eigentum und anderen verheerenden Folgen führen. Für die Landwirte ist dies ein endloser Teufelskreis: Fehlende Mittel für eine angemessene Anpassung an den Klimawandel verschlimmern ihre ohnehin schon schwierige Lage angesichts der Klimakrise. Es ist nicht fair, von den Produzent*innen und Arbeitnehmer*innen zu erwarten, dass sie alle Kosten der Anpassung an den Klimawandel allein tragen.

Alle Akteur*innen im Welthandel müssen zur Verantwortung gezogen werden

Der Faire Handel eröffnet Produzent*innen und Verbraucher*innen viele Chancen gemeinsam an umweltverträglicheren Lösungen zu arbeiten. Wir sind davon überzeugt, dass Kleinbäuer*innen eine Rolle bei der Ernährung der Welt spielen - und zwar auf nachhaltige Weise. Kleinbäuer*innen müssen deshalb in den Lösungen der internationalen Gemeinschaft beachtet werden, wenn es darum geht, eine emissionsfreie Welt zu erreichen. Ihre Stimmen müssen gehört und ihre Anliegen berücksichtigt werden.

In Hinblick auf nachhaltige Produktionssysteme müssen wir die wirklich heißen Eisen anpacken. Wir müssen anerkennen, dass die alten Marktstrukturen und Handels-



praktiken nicht in der Lage sind, eine nachhaltige Lebensgrundlage für alle Akteur*innen in der Wertschöpfungskette sicherzustellen. Preise, die kein existenzsicherndes Einkommen für Landwirt*innen und existenzsichernde Löhne für Arbeiter*innen und Handwerker*innen bieten, müssen angepasst werden, um die negative Wechselwirkung von Armut und Umweltzerstörung zu durchbrechen.

Darüber hinaus müssen klimaresistente Modelle wie die Agrarökologie ausgebaut werden, um zu mehr Nachhaltigkeit beizutragen. Alle Akteur*innen in der Versorgungskette müssen zusammenkommen und die Notwendigkeit von Investitionen und fairen Preisen anerkennen, um einen fairen Übergang zu nachhaltiger Produktion und nachhaltigem Konsum zu ermöglichen.

Unter dem Begriff „Faire Anpassung“ fordern wir alle Handelsakteur*innen entlang der globalen Wertschöpfungsketten auf, sich ihrer Verantwortung zu stellen und zusammenzuarbeiten, um die Kosten des notwendigen Wandels zu bewältigen.

Es ist eine Frage der Klimagerechtigkeit. Diejenigen, die am wenigsten zur Klimakrise beigetragen haben, sind diejenigen, die am meisten unter den negativen Auswirkungen zu leiden haben. Es ist auch eine Frage von Menschenrechten und Menschenwürde; ein Anliegen für heutige und künftige Generationen sowie ein Thema, das weitere globale Debatten wie Geschlechtergerechtigkeit und Rechte indigener Völker mit einschließt.

Wir sehen eine Zukunft mit fairer Anpassung für alle

Die soziale Dimension des Klimawandels wird bei den Verhandlungen in den bestehenden Foren meist übersehen oder nicht berücksichtigt. Die Fair-Handels-Bewegung hält jedoch die soziale Dimension für unverzichtbar, um sinnvoll auf eine Netto-Null-Zukunft hinzuarbeiten. Solange dieser Aspekt nicht gebührend anerkannt und ernsthaft als Teil der Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen aller Verhandlungsparteien der Weltklimakonferenz angegangen wird, befürchten wir, dass es kaum Fortschritte geben wird und die Weltgemeinschaft die schlimmsten Folgen eines globalen Temperaturanstiegs von +1,5°C nicht oder zu spät abwenden wird.

Unternehmen formen unseren Planeten mit. Unternehmen, die Nachhaltigkeit und Klimaschutz in ihr Kerngeschäft integrieren, gibt es bereits - sie wenden die Grundsätze des Fairen Handels an, um eine höhere soziale und ökologische Nachhaltigkeit zu erreichen und gleichzeitig wirtschaftlich rentabel zu sein. Im Wesentlichen ist der Ansatz des Fairen Handels ein Weg, wie Unternehmen ihr Kerngeschäft so gestalten, dass sie wirklich etwas für die Menschen und den Planeten erreichen und zugleich ihren Gewinn im Blick behalten. Diese Art alternativer Geschäftsmodelle ist eine wichtige Komponente zum Erreichen der SDGs und stellt einen der möglichen Wege in eine nachhaltige Zukunft für alle dar.

Deshalb rufen wir dazu auf, alternative Geschäftsmodelle zu entwickeln, die Nachhaltigkeit und Klimaschutz in ihr Kerngeschäft integrieren. Gemeinsam, an der Seite jener Handelsakteur*innen, die sich dem Konzept des Fairen Handels und der Beschaffung bei Produzent*innen verschrieben haben, können wir den Weg für umweltfreundliche Lösungen ebnen. Diese nachhaltigen Produktionsweisen können den Ausstoß von Treibhausgasen (THG) aus nicht nachhaltiger Landnutzung eindäm-

Unsere Geschichte neu schreiben: „Es MUSS Klimagerechtigkeit und Handelsgerechtigkeit geben“



Wir rufen politische Entscheidungsträger*innen, Wirtschaftsführer*innen, Klimafinanzpraktiker*innen und zivilgesellschaftliche Bewegungen dazu auf, mehr Zeit und Ressourcen für kontextspezifische Lösungen aufzuwenden, durch die alle Akteur*innen ihre Verantwortung wahrnehmen können. Kleinbauer*innen und Arbeiter*innen sind Teil der Lösung der Klimakrise, und sie müssen auch die Möglichkeit erhalten, diese mitzugestalten.

Es geht nicht darum, ob es Klimagerechtigkeit oder Handelsgerechtigkeit geben SOLLTE. Diese beiden Elemente sind untrennbar miteinander verbunden. Je rechenschaftspflichtiger und umweltfreundlicher die Geschäftsmodelle sind, desto größer wird unsere Fähigkeit sein, soziale und ökologische Nachhaltigkeit in großem Maßstab zu integrieren. Beides ist unabdingbar, damit nachhaltige Modelle wirklich funktionieren und die notwendigen Übergänge zur Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung – engl. Sustainable Development Goals (SDGs) – und des Pariser Abkommens vollzogen werden können.

men und stellen in der Regel die Emissionen aus dem Transport derselben Produkte in den Schatten. Wenn man bedenkt, dass die meisten nicht nachhaltigen Praktiken das Ergebnis von mächtigen Käufern und Einzelhändler*innen sind, die ihre Erzeuger*innen und Lieferant*innen unter Druck setzen und die Agrarindustrie in ihrem Streben nach immer höheren Gewinnen vorantreiben, können wir sehen, wie solche alternativen Geschäftsmodelle den Weg zu nachhaltigeren Produktions- und Konsummustern ebnen.

Die Uhr tickt schnell und es bleiben gerade noch neun Jahre, um die SDGs zu erreichen



Ziele abstecken und festlegen

Wir fordern die Regierungen auf, den privaten Sektor in der gesamten Lieferkette zu mehr Transparenz und Rechenschaft bezüglich ihrer Verpflichtungen zu Nachhaltigkeit in Produktion und Konsum zu bewegen, und zusammenzuarbeiten, um eine nachhaltige Lebensgrundlage für Kleinbauer*innen, Produzent*innen und Arbeiter*innen zu gewährleisten.

Wir fordern die Unterstützung einer obligatorischen Berichterstattung, die alle großen Unternehmen und Organisationen verpflichtet, ihre vollständigen CO₂-Fußabdrücke zu veröffentlichen. Dies wird eine größere Verantwortlichkeit der Unternehmen gewährleisten und gleichzeitig sicherstellen, dass

Unternehmen, die positive Schritte zur Bewältigung ihrer Umweltauswirkungen umsetzen, nicht von denen unterboten werden, die dies nicht tun. Wir fordern die Regierungen

zu geeigneten und wirksamen politischen Maßnahmen auf, die die Bemühungen fortschrittlicher Unternehmen wertschätzen und fördern.

Wir fordern wohlhabende Länder mit hohem CO₂ Ausstoß auf, den internationalen Luft- und Schiffsverkehr in ihre nationalen Netto-Null-Verpflichtungen einzubeziehen, wie es das Vereinigte Königreich im April angekündigt hat.

Wir ermutigen das Vereinigte Königreich als Gastgeber der Klimakonferenz, eine Diskussion mit globalen Unternehmen und Regierungen einzuberufen, um gemeinsame Lösungen für die Herausforderung der importierten CO₂ Emissionen zu finden, insbesondere im Hinblick auf Luft- und Seefracht.



Klimafinanzierung in großem Maßstab

Wir unterstützen nachdrücklich die internationalen Forderungen an die reichen Länder, ihr Versprechen über 100 Milliarden Dollar Klimahilfe einzuhalten.

Laut dem Internationalen Fond für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) und der Klimapolitischen Initiative (CPI) (2020) kommen weniger als 2 Prozent der Klimafinanzierung bei den Kleinbäuer*innen an. In diesem Sinne müssen die Vergabekriterien und -verfahren von Finanzierungsmechanismen wie dem Green Climate Fund auf die Bedürfnisse der Kleinproduzent*innen und ihrer Organisationen abgestimmt werden, damit sie Zugang zu den verfügbaren Mitteln erhalten und diese unbürokratisch verwalten können. Die Klimafinanzierung muss den Landwirt*innen zugutekommen - mit Finanzmitteln und Partnerschaften auf Betriebsebene, die die Landwirt*innen in die Lage versetzen, sich anzupassen und widerstandsfähiger zu werden, sowie die Umstellung auf eine Netto-Null-Produktion im landwirtschaftlichen Betrieb unterstützen.

Wir fordern die Regierungen auf, nachhaltige Partnerschaften zu unterstützen, zu ermöglichen und zu fördern: Partnerschaften werden effektiver sein, wenn die Landwirt*innen im Mittelpunkt der Entscheidungsfindung stehen. Sie wissen am besten, wie sich der Klimawandel auf ihr lokales Umfeld auswirkt und welche Änderungen nötig sind, um widerstandsfähiger und nachhaltiger zu werden. Vor allem müssen landwirtschaftliche Gemeinschaften die Richtung der Umsetzungsprogramme steuern und einen klaren gemeinschaftlichen und finanziellen Nutzen daraus ziehen können wie auch ein hohes Maß an zusätzlicher Kohlenstoffbindung.

Die Unternehmen müssen den tatsächlichen Wert der Produkte sowie faire Preise zahlen und sich an faire Handelspraktiken halten, um sicherzustellen, dass die Erzeuger*innen die Mittel haben, um die für die Klimaanpassung und den Klimaschutz erforderlichen Investitionen zu tätigen. Dazu gehört auch sicherzustellen, dass die Kosten für die Einhaltung der aktuellen und künftigen Umwelt- und Klimagesetzgebung nicht über niedrigere Preise für die Produkte und niedrigere Löhne für die Arbeitnehmer*innen an die Produzent*innen weitergegeben werden.



Neue Handelsregeln und -vorschriften, die Grundlage für die Verwirklichung unserer gemeinsamen Agenda

Die globale Handelspolitik muss die höchsten Umweltstandards unterstützen – zur Förderung von vorbildlichen Praktiken, Innovationen mit geringem Kohlenstoffdioxidausstoß, Herstellung und Handel nachhaltiger Produkte und der Einführung umweltfreundlicher Technologien entlang der Lieferketten sowie unerschütterlichem Engagement für die Menschenrechte, die Umsetzung der SDGs und des Pariser Abkommens. Dies sollte eine verbindliche und einklagbare Grundanforderung an Handelsabkommen sein.

Wir unterstützen Initiativen zur Verschärfung von Umweltvorschriften wie die der Europäischen Union oder des britischen Umweltgesetzes zur Bekämpfung der Abholzung in Wertschöpfungsketten.

Entscheidend sind robuste Maßnahmen zur Bestrafung von Unternehmen, die sich nicht an die Umweltschutzvorschriften halten, und auch um sicherzustellen, dass die Kosten für die Einhaltung der unternehmerischen Sorgfaltspflicht nicht auf die Arbeitnehmer*innen abgewälzt und Kleinbäuer*innen dabei unterstützt werden, ihrer Sorgfaltspflicht nachzukommen. Verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen müssen so gestaltet sein, dass sie nachhaltiges Wirtschaften fördern, unlauteren Wettbewerb verhindern, die Ausbeutung von Mensch und Natur stoppen sowie sicherstellen, dass die Betroffenen zu ihrem Recht kommen und Zugang zu Rechtsmitteln haben.

Es ist noch nicht zu spät, dass sich weitere Akteur*innen die Grundsätze des Fairen Handels zu eigen machen. Die Fair-Handels-Bewegung heißt alle willkommen, die nach praktikablen Lösungen suchen, und dazu beitragen, die schlimmsten Folgen der Klimakrise zu verhindern und sich für Klimagerechtigkeit einsetzen.

Unterzeichnet von

